

Drogenkrieg als Vorwand

Mexiko: Trump droht dem südlichen Nachbarn erneut mit militärischer Intervention. Ermittlungen zu CIA-Infiltration

Von Volker Hermsdorf

Mexikos Präsidentin Claudia Sheinbaum hat die USA am Donnerstag erneut vor einer Verletzung der Souveränität ihres Landes gewarnt. Sie reagierte damit auf Äußerungen von US-Präsident Donald Trump, der am Vortag zum wiederholten Mal mit dem Einsatz von Bodentruppen auf dem Territorium des Nachbarlandes gedroht hatte, falls Mexiko »seine Arbeit im Kampf gegen den Drogenhandel nicht erledigt«. Auf ihrer morgendlichen Pressekonferenz erwiderte Sheinbaum, dass Mexiko seine Unabhängigkeit »gegen jede Form ausländischer Einmischung« verteidigen werde, und betonte, keine Macht habe das Recht, zu bestimmen, wie das Land regiert werde. Offenbar ein Hinweis auf die Verbindungen der US-Regierung zur rechten Opposition. Zugleich widersprach Mexikos Präsidentin Trumps Vorwurf der mangelnden Effizienz beim Vorgehen gegen den Drogenhandel und verwies auf Erfolge ihrer Regierung im Kampf gegen die organisierte Kriminalität.

Dass Washington längst damit begonnen hat, in die inneren Angelegenheiten des Nachbarn einzugreifen, zeigt eine Affäre um illegale Aktivitäten des US-Auslandsgeheimdienstes CIA im nordmexikanischen Bundesstaat Chihuahua. Ausgelöst wurde der Skandal, der die Beziehungen beider Länder seit Wochen belastet, durch einen Verkehrsunfall am 19. April. Dabei kamen zwei mexikanische Ermittler sowie zwei US-Bürger ums Leben, nachdem ihr Fahrzeug bei einem Antidrogeneinsatz in der Sierra del Pinal in eine Schlucht gestürzt war. Zunächst war lediglich von »Ausbildern« der US-Botschaft die Rede. Später berichteten US-Medien jedoch unter Berufung auf Geheimdienstkreise, bei den Verstorbenen habe es sich tatsächlich um CIA-Agenten gehandelt, die von der in Chihuahua herrschenden rechten Partei PAN, die aber auf Bundesebene in der Opposition ist, gedeckt wurden.

Nach Angaben des mexikanischen Sicherheitsministeriums verfügten die beiden US-Bürger jedoch über keinerlei Genehmigung für operative Tätigkeiten im Land. Einer war als Tourist eingereist, der andere mit Diplomatenstatus – beide ohne formelle Akkreditierung. Sheinbaum versicherte, dass sie keinerlei Operationen dulde, die gegen Verfassung und Gesetze verstoßen. Den Unterstellungen des US-Präsidenten hielt sie konkrete Erfolge ihrer Regierung entgegen: etwa den Rückgang vorsätzlicher Tötungsdelikte um fast 50 Prozent, die Zerstörung von 2.500 Drogenlaboren sowie zahlreiche Festnahmen und Auslieferungen. Auch der Schmuggel von Fentanyl in die USA habe abgenommen.

Die Generalstaatsanwaltschaft leitete mittlerweile Ermittlungen wegen möglicher Straftaten gegen die nationale Sicherheit ein und hat mehr als 50 Beamte des Bundesstaates Chihuahua vorgeladen, um zu klären, wer die Zusammenarbeit mit den CIA-Agenten genehmigt hat. Besonders unter Druck gerät PAN-Gouverneurin María Eugenia Campos. Politiker der sozialdemokratischen Regierungspartei Morena werfen PAN vor, »die Partei der Gringos« zu sein, ausländische Einmischung gedeckt und die nationale Souveränität verletzt zu haben. Deren Seite behauptet dagegen, die Regierung instrumentalisiere den CIA-Skandal, um von angeblichen Verbindungen eigener Funktionäre zum organisierten Verbrechen abzulenken. Im Mittelpunkt steht dabei der Morena-Gouverneur von Sinaloa, Rubén Rocha Moya, dessen Auslieferung die USA inzwischen verlangen. Washington wirft ihm und seinem Umfeld Beziehungen zum Kartell »Los Chapitos« vor. Die mexikanische Regierung weist die Vorwürfe mit dem Hinweis zurück, dass die USA keinerlei Beweise vorgelegt hätten.

Die außenpolitischen Spannungen, Sicherheitsfragen und der innenpolitische Machtkampf verschmelzen vor den Kongress- und Gouverneurswahlen 2027 zunehmend miteinander. Die aggressive Rhetorik Washingtons ist Teil einer Konfrontation, die Trump systematisch verfolgt, um den »Krieg gegen Drogen« zur politischen Einflussnahme in Mexiko zu nutzen. Seit seiner Rückkehr ins Weiße Haus hat er die mexikanischen Kartelle als terroristische Organisationen eingestuft und den Kampf gegen Fentanyl zum Zentrum seiner Sicherheitsagenda erklärt. In Mexiko wächst deshalb die Sorge, dass Trumps Verweis auf organisierte Kriminalität künftig als Rechtfertigung für weitere politische Einflussnahme oder sogar militärische Aktionen dienen könnte.

<https://www.jungewelt.de/artikel/522357.mexiko-drogenkrieg-als-vorwand.html>